ZEITUNG ZUM REVOLUTIONÄREN

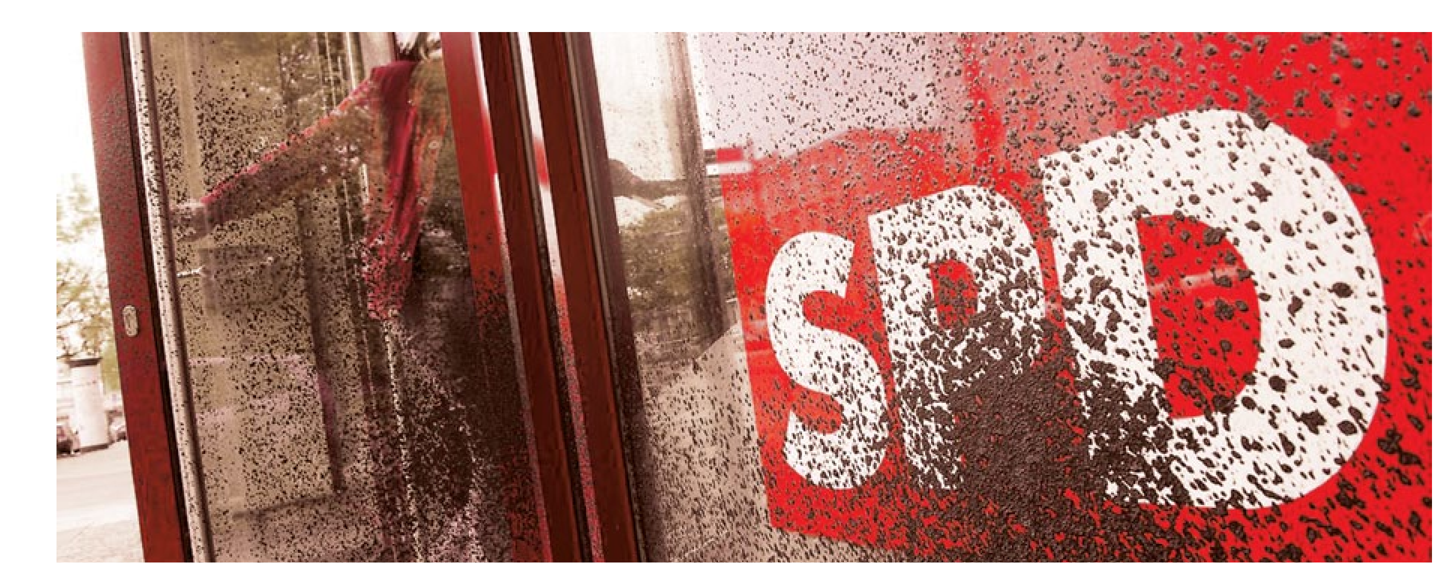
1. MAI 2015



Wir leben in einer Welt, die aus den Fugen gerät: Krieg, Armut, Zerstörung der Umwelt und aufkommende rassistische Hetze bestimmen die Lebensbedingungen von immer mehr Menschen. Wesentliche Ursache ist der weltweite Kapitalismus, in dem die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmend sind.

Am 1.Mai – dem traditionellen Kampftag der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter – gehen rund um den Globus Millionen Menschen gegen diese Verhältnisse auf die Straße. Zugleich wollen wir an diesem Tag die Forderung nach einer anderen, einer solidarischen Gesellschaft auf die Tagesordnung setzen.

Diese Zeitung ist Teil einer Kampagne mehrerer revolutionärer Gruppen, die in verschiedenen Städten am 1.Mai antikapitalistische Aktivitäten organisieren.



Klassenkampf von oben

10 Jahre Einführung von Hartz IV

Vor gut zehn Jahren, Anfang 2005, traten die Hartz IV- Gesetze in Kraft. Sie waren eines der zentralen „Reformvorhaben" der rot-grünen Regierung. Das offizielle Ziel war die Senkung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit und die Senkung der Verwaltungskosten der Arbeitsämter. Dazu sollte und soll auf Erwerbslose verstärkt Druck aufgebaut werden. Schon nach einem Jahr Arbeitslosengeld I, folgt nun der Absturz in Hartz IV: ein Regelsatz, der nur zum Überleben, aber nicht zum Leben reicht, der ständige Zwang Bewerbungen zu schreiben, selbst wenn es keine freien Stellen gibt oder die erzwungene Teilnahme an sog. Maßnahmen, die den Erwerbslosen in der Regel nichts bringen, gehören seitdem für Millionen von Menschen zum Alltag. Dazu kommen noch Sanktionen, d.h. Kürzungen der Hartz IV- Leistungen bei geringsten Verstößen gegen die Auflagen des Jobcenters, die Menschen unter das Existenzminimum und in eine verzweifelte Lage bringen können.
Die Schaffung von Arbeitsplätzen, von denen Lohnabhängige einigermaßen gut leben könnnen, wurde mit den Hartz-Reformen nicht erreicht- aber das war auch nie das eigentliche Ziel der herrschenden Klasse und ihrer politischen Vertreter gewesen.
Das tatsächliche Ziel war die Senkung der Lohnkosten durch den radikalen Ausbau des Niedriglohnsektors in Deutschland. Prekäre, also unsichere Beschäftigungsverhältnisse haben dementsprechend rasant zugenommen. Teilzeitarbeit, Leiharbeit oder Minijobs sind nun weit verbreitet: 25 % aller Lohnabhängigen arbeiten nun in diesem Niedriglohnsektor, 40 % aller Neueinstellungen insgesamt sind heute befristet. Selbst in manchen Jobcentern haben bis zu 30 % der dortigen Angestellten nur befristete Arbeitsverträge!
Vor allem junge Beschäftigte kennen oft gar nichts anderes mehr als befristete und schlecht bezahlte Jobs. Selbst Teilen der Gewerkschaften, die damals nur halbherzigen und oft nur symbolischen Widerstand gegen die Agenda 2010 gezeigt hatten, dämmert inzwischen worum es eigentlich ging: „Die Agenda-Politik war darauf angelegt, das Lohnniveau in Deutschland zu senken und einen Niedriglohnsektor großen Stils entstehen zu lassen", so der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, Ende Dezember letzten Jahres. Die Etablierung eines großen Niedriglohnsektors war für die herrschende Klasse eine Erfolgsgeschichte. Parallel dazu entwickelte sich seit Anfang der 2000er Jahre eine neue Dienstleistungsbranche, bestehend aus RechtsanwältInnen, PR-Agenturen und UnternehmensberaterInnen, die die Methoden des Union Busting, also die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften in Unternehmen, ständig vorantreiben. Besonders Betriebe mit vielen prekär Beschäftigten sind der ideale Nährboden für Versuche, komplette Unternehmen zu Orten zu machen, in denen die Lohnabhängigen keine Möglichkeit mehr haben, gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.
Während die Ausbreitung von Billig-Jobs das „Verdienst" der rot-grünen Bundesregierung war, will nun die große Koalition das Streikrecht direkt angreifen: mit dem geplanten sog. Tarifeinheitsgesetz sollen Streiks allgemein erschwert werden. Besonders im Visier ist hierbei die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) oder die Pilotengewerkschaft Cockpit, die daran gehindert werden sollen, überhaupt zu streiken, da nur noch die mitgliederstärkste Gewerkschaft in einem Betrieb das Recht haben soll, zu Arbeitsniederlegungen aufzurufen. Die Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften wird damit insgesamt in Frage gestellt, obwohl Deutschland im internationalen Vergleich sowieso bereits wenig Streiktage hat: So gab es in der BRD im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2012 nur 16 arbeitskampfbedingte Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte im Jahr. Im Vergleich zu 139 Ausfalltagen in Frankreich, 135 in Dänemark oder 77 in Belgien.
Während es gegen das drohende Tarifeinheitsgesetz bereits breiten Widerstand auch der Gewerkschaften Ver.di, NGG und GEW gibt, läuft weitgehend unbeachtet ein weiterer massiver Angriff auf das Streikrecht. So stellen weltweit Unternehmerverbände wichtige Normen der International Labour Organisation (ILO), einer Einrichtung der UNO, in Frage. So sollen zwar Lohnabhängige auch weiterhin das Recht haben sich zusammenzuschließen, nur sollen sie in Zukunft kein Recht auf Streik mehr haben.
Besondere Brisanz erhält dieser Angriff auf das Streikrecht, durch die laufenden Geheimverhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und der USA. Falls sich hier die Position durchsetzen sollte, das Streiks ein profitschädigendes Handelshemmnis sind, könnten Staaten vor geplante private Schiedsgerichte gezerrt werden und dort auf Schadensersatzzahlungen verklagt werden.
Dabei wäre es zu einfach und falsch Abkommen wie TTIP einfach auf die „Geldgier" der Herrschenden schieben. Sie handeln vielmehr so, weil ihr System, der Kapitalismus, in einer schweren Krise ist. Seit Anfang der 70er Jahre ist die





Zeit des globalen Wirtschaftsaufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg für immer vorbei. Jede neue technische Innovation, Computerisierung und Automatisierung hat – obwohl sie eigentlich dazu geeignet wären den Menschen das Leben zu erleichtern - seitdem mehr Arbeitsplätze vernichtet, als neue geschaffen. Gleichzeitig mit der Zunahme der Erwerbslosigkeit stiegen auch die Einkommensunterschiede und der Vermögenszuwachs einer winzigen Minderheit rasant an. Durch Steuergeschenke an Konzerne und Vermögende sanken die Einnahmen der Staaten und ihre Verschuldung nahm rapide zu. Die Antwort der Herrschenden darauf heißt Kürzen und Sparen vor allem im Sozialbereich, im Gesundheitswesen, bei der Bildung und Kultur. Verstärkt wird das Ganze durch die Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander, die versuchen für ihre Konzerne die „bestmöglichen" Bedingungen zu schaffen. „Bestmöglich" für die, heißt für uns als Lohnabhängige immer mehr miese Jobs und unsichere Lebensverhältnisse.

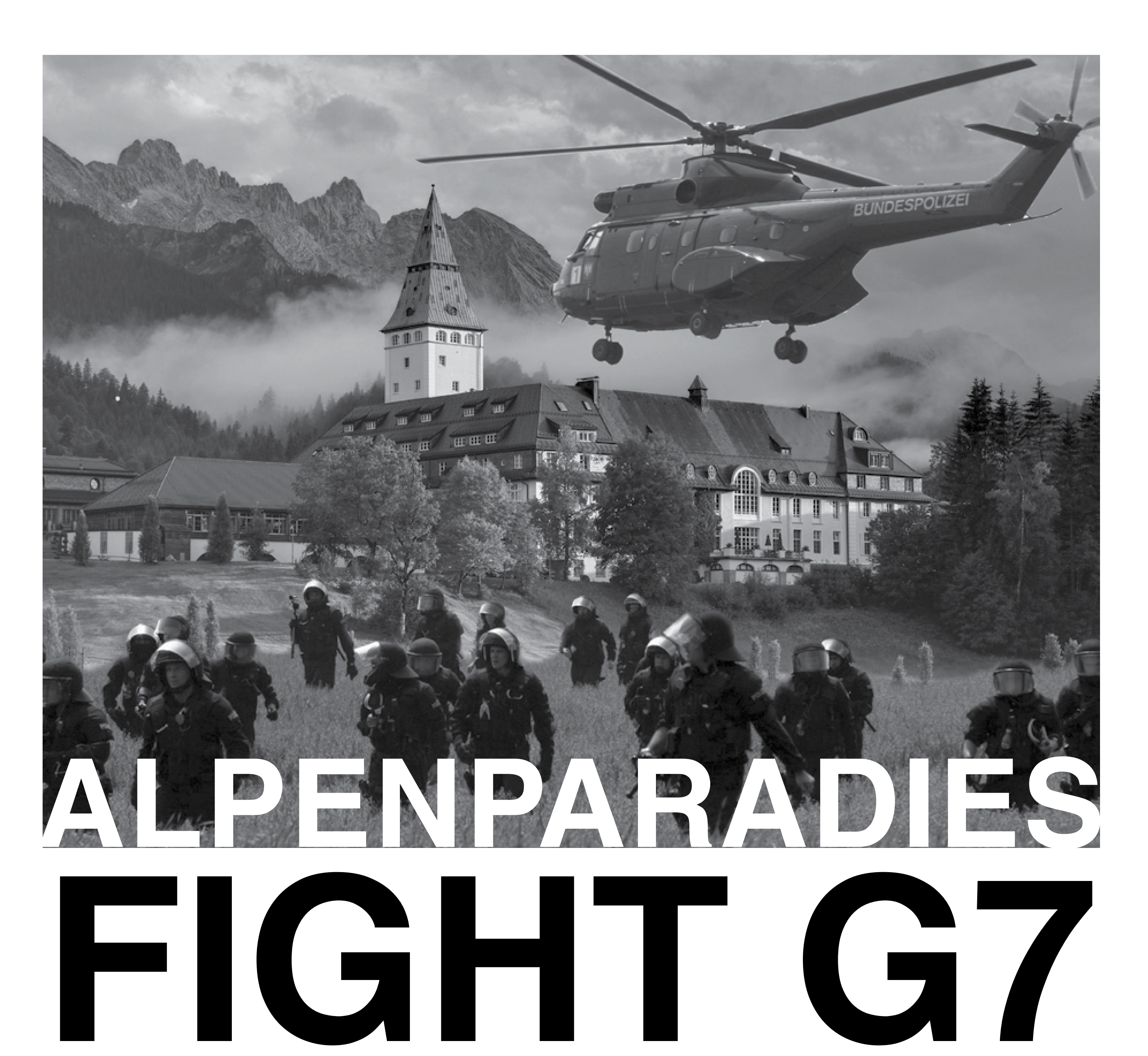
Das Freihandelsabkommen



Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen das derzeit in geheimen Verhandlungen zwischen der EU und der USA vorbereitet wird, soll den Menschen mehr Wohlstand und neue Arbeitsplätze bringen, indem bestehende „Handelshemmnisse" beseitigt werden. Gemeint ist damit tatsächlich, dass alle sozialen und ökologischen Standards nach unten angeglichen werden sollen. Auch sollen Stillstandsklauseln festgeschrieben werden, so dass z.B. ein Wasserwerk, das einmal privatisiert wurde, nie mehr Eigentum der Kommune werden darf. Abgesichert werden soll das Ganze über private Schiedsgerichte, die außerhalb des üblichen Rechtswegs, Entscheidungen fällen dürfen und dabei auch Staaten zu Schadenersatzzahlungen an Konzerne verpflichten können, wenn diese eine Gewinnschmälerung durch gesetzliche Maßnahmen behaupten. Es geht also im Kern darum den Profit der Konzerne zu sichern, in dem die Lebenssituation der Lohnabhängigen verschlechtert wird, der versprochene „wirtschaftliche Aufschwung" ist dagegen ein Märchen, wie auch die Erfahrungen aus dem schon bestehenden Freihandelsabkommen zwischen der USA und Mexiko zeigen.

Gegen diese Angriffe ist organisierter Widerstand dringend notwendig. So hatte die Ankündigung des massiven Sozialabbaus durch die Agenda 2010 zu einer massiven Welle von Sozialprotesten geführt, die jedoch ziemlich schnell abebbte. Zumindest die Gründung der Linkspartei ging aus den Protesten hervor, die jedoch in Gefahr läuft sich mehr und mehr der SPD anzupassen, je mehr die Kräfte wachsen, die auf „Regierungsfähigkeit" setzen.
Mehr denn je ist es notwendig, sich zu organisieren! Und das Streikrecht verteidigt man am besten, in dem man es nutzt und streikt. Dass man auch unter prekären Bedingungen kämpfen kann, beweisen die Streikenden beim Online-Händler Amazon, die sich dafür engagieren in den Tarifbereich des Handels zu kommen, anstelle der für sie ungünstigen Tarifverträge der Logistikbranche. Ein ähnlicher Kampf hat gerade bei der Post AG seinen Anfang genommen: hier wehren sich die Kollegen und Kolleginnen dagegen, dass viele der 24 000 (!) befristet Beschäftigten in neuen Zustellgesellschaften abgeschoben werden sollen, bei denen sie zwar unbefristetete Verträge, aber die deutlich schlechteren Tariflöhne der Logistikbranche bekommen sollen.
Viel zu oft enden solche Kämpfe aber noch mit nur minimalen Verbesserungen und Lohnerhöhungen die nicht mal die Inflationsquote ausgleichen. Dies liegt häufig auch an den sozialdemokratischen Spitzen der Gewerkschaften, die nach wie vor auf „Sozialpartnerschaft" und eher symbolische Aktionen setzen.

Aufgabe der revolutionären Linken ist es hier eine kämpferische Gewerkschaftspolitik voranzutreiben, streikende KollegInnen zu unterstützen und sich auch um Bereiche zu kümmern, in denen der Klassenkampf von oben mit besonders harten Bandagen geführt wird. Es geht also darum, in Auseinandersetzungen vor Ort präsent zu sein, praktische Solidarität zu zeigen und Kämpfe, die für höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung oder für soziale Belange geführt werden, aktiv zu unterstützen.
Letztlich muss unser Ziel aber sein, den Kapitalismus, das System, dass fortwährend Ausbeutung, mieße Arbeitsbedingungen, Armut und Unterdrückung produziert, zu stürzen! Es gilt daher überregional und international antikapitalistischen Widerstand zu organisieren, Debatten anzustoßen und die Perspektive einer befreiten, kommunistischen Gesellschaft auf die Straße zu tragen.



ALPENPARADIES
FIGHT G7

Gemeinsam kämpfen gegen Kapitalismus, Rassismus und Krieg!

Am 7. und 8. Juni 2015 findet im Luxushotel Schloß Elmau in den bayerischen Alpen das G7-Gipfeltreffen statt. 17 000 PolizistInnen samt Hubschraubern sollen die Staats- und Regierungschefs aus den USA, Großbritannien, Frankreich, BRD, Italien, Japan und Kanada vor Protesten abzuschirmen. Lokale Medien berichten seit Monaten über Angstzustände von LadenbesitzerInnen vor Plünderungen und skandalisieren überzogene Preise von Leberkäsesemmeln für die Polizei. Die bayerischen Behörden versuchen unterdessen alles, um den geplanten Protesten gegen den Gipfel Steine in den Weg zu legen – so werden BäuerInnen zum Beispiel unter Druck gesetzt, keine Flächen für Protest-Camps bereitzustellen.

Ökonomische und militärische Vorherrschaft
In der Öffentlichkeit inszenieren sich die G7 als Garant von Frieden, Sicherheit und Bekämpfung der Armut. Tatsächlich gehören sie zu den Verursachern des globalen Elends und sind die ökonomisch und militärisch führenden Staaten. Die Länder der G7 stellen zwar nur 10,5 Prozent der Weltbevölkerung, erwirtschaften aber etwa 46,4 Prozent des Welt-Bruttoinlandsproduktes, welches dem Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr hergestellt wurden, entspricht. Von den 100 umsatzstärksten Unternehmen der Welt kommen 64 aus Ländern der G7. Die Staaten der G7 haben außerdem den höchsten Anteil an den weltweiten Militärausgaben und die größten Rüstungskonzerne haben dort ihren Sitz. Kapitalistische Interessen werden eben nicht nur mittels Abkommen oder auf diplomatischem Wege durchgesetzt, sondern auch mit militärischer Gewalt.

Kooperation und Konkurrenz
Seit 1975 dienen die G7 der Vernetzung und Koordination der Politik der beteiligten Staaten. Ihre jährlichen Treffen sind relevant, um die Interessen der beteiligten Staaten zu koordinieren und „Anregungen" zu geben, die über andere Organisationen, wie die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IWF) oder die Nato, dann in konkrete internationale Politik umgesetzt werden. Die G7-Staaten haben ein gemeinsames Interesse an freien Märkten, Wirtschaftswachstum, dem Schutz von Investitionen und der Sicherung kapitalistischer Verwertungsinteressen weltweit. Gleichzeitig stehen sie aber auch in Konkurrenz zueinander um Ressourcen und Einflusssphären.

Freihandel und Wettbewerbsdruck
In den letzten 15 Jahren haben Veränderungen in den globalen Kräfteverhältnissen stattgefunden. Neue Machtblöcke sind entstanden, die die führende Rolle der G7-Staaten zunehmend in Frage stellen. Dies zeigt sich auch daran, dass Institutionen wie die G20, die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, eine zunehmend bedeutende Rolle spielen. Insbesondere haben die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) wirtschaftlich so enorm zugelegt, dass sie zu ernsthaften Konkurrenten der G7 Staaten werden können, die daher bestrebt sind, ihre Vormachtstellung aufrechtzuerhalten. Dazu bedienen sie sich verschiedener Maßnahmen, eine davon ist das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft), welches unter Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen den USA und der EU verhandelt wird und gravierende Folgen wie die Absenkung von Standards im Bereich Verbraucherschutz, Gesundheits- und Umweltschutz sowie auch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Lohnabhängigen haben wird.

Neoliberal und nationalistisch
Von 1998 bis zum 25. März 2014 gehörte Russland im Rahmen der G8 auch mit dazu. Aufgrund der Krise in der Ukraine wurde Russland die Mitgliedschaft im G8 entzogen. Das bedeutet nicht, dass die russische Politik sich von kapitalistischer Ausbeutung entfernt hätte, sondern nur dass Russland eigene Interessen verfolgt, die momentan mit denen des Westens konkurrieren.
Die G7-Staaten stehen auf Seiten des neuen ukrainischen Präsidenten, dem Milliardär Petro Poroschenko. Die G7 begrüßen auch die vom IWF im Gegenzug für Kredite geforderten „Reformmaßnahmen". Die ukrainische Regierung will Kürzungen im sozialen Bereich, Entlassungen im öffentlichen Dienst und Privatisierungen durchsetzen. Die G7 stören sich nicht daran, dass die ukrainische Regierung mit faschistischen Paramilitärs wie dem Bataillon „Asow" zusammenarbeitet, dessen Kommandeur Vadim Trojan zum Polizeichef von Kiew ernannt wurde. Menschenrechte und Demokratie sind irrelevant, solange die jeweiligen Akteure im Interesse der G7 handeln. Der geopolitische Konflikt zwischen dem Westen und Russland treibt die Aufrüstung voran und steigert die Kriegsgefahr.

Auf nach Elmau!
Die G7 stehen für eine Gesellschaft, deren Ziel nicht die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen ist, sondern nur einer kleiner herrschenden Elite aus Wirtschaft und Politik. Deren Profitmaximierung ist das Ziel und das auf Kosten aller Lohnabhängiger weltweit. Kriege, soziale Ungleichheit, Ausgrenzung und die Zerstörung der Umwelt sind die Folgen dessen.
Lasst uns daher im Juni bei den Protesten gegen den G7-Gipfel deutlich machen, dass deren Interessen nicht unsere sind! Wir wollen eine Gesellschaft jenseits kapitalistischer Verwertungslogik, Krieg und Konkurrenz. Eine Welt, in der die Interessen der Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt stehen und nach den realen Bedürfnissen derer produziert und verteilt wird. In der es keine soziale Ungleichheit, Krieg und Rassismus gibt und der gesellschaftlich geschaffene Reichtum allen zugute kommt.

Gemeinsam demonstrieren, agieren und blockieren – den G7 Gipfel stören!

Bundesweit haben sich Bündnisse gegen den G7-Gipfel in Elmau gegründet. Es sind Camps, Aktionen, eine Großdemonstration und Blockaden des Gipfeltreffens geplant. Verbote und Einschränkungen im Vorfeld werden uns nicht daran hindern, gemeinsam mit möglichst vielen weiteren Menschen nach Bayern zu fahren und unseren antikapitalistischen Widerstand sichtbar zu machen. Die Herrschenden sollen auch in den Alpen keine Ruhe finden.

Lokale Mobilisierungen
www.stuttgartgoesg7.tk
www.stopg7berlin.wordpress.com

Termine
Großdemo: Samstag, 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen
Blockaden: 6. und 7. Juni
Camp: ab Mittwoch, 3. Juni

Aktuelle Infos:
www.stop-g7-elmau.info
www.perspektive-kommunismus.org



Wir gedenken

Ivana Hoffmann

Am 7. März 2015 in Rojava,
im Kampf gegen die Banden des
Islamischen Staats, gefallen.

Sie können alle Blumen
abschneiden,
aber den Frühling
werden sie nie aufhalten
(Che)



Kapitalismus – Nein Danke!

Über anhaltende Umweltzerstörung und grüne Durchhalteparolen

Ölverklebte Fische treiben an die Strände, während gigantische Kunststoffmüll-Schwärme durch die Ozeane ziehen, Nukleare Abfälle werden bis auf weiteres unterirdisch geparkt und einige Kilometer über uns arbeiten Treibhausgase an der Auflösung der Ozonschicht. Es gibt mehr als genug dramatische Bilder, um die umfassende Zerstörung der Umwelt auf unserem Planeten zu illustrieren. Klimawandel, Waldsterben, Luft- und Grundwasserverschmutzung... Die Phänomene sind längst bekannt und zu unseren ständigen Begleitern geworden. Auch die unmittelbaren Ursachen – z.B. der überbordende Ausstoß an Treibhausgasen - liegen auf der Hand. Doch viel zu selten wird der gesellschaftliche Hintergrund der voranschreitenden Vernichtung unserer Lebensgrundlagen angegangen und grundlegend hinterfragt: Die rücksichtslose Ausbeutung der Natur ist eine Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, in der die oberste Priorität das Streben nach Profit ist.

Dieses System, dessen Erhalt und Wachstum auf ständigem Konkurrenzkampf um kurzfristige Profite beruht, macht sämtliche Ressourcen unseres Planeten zu Verwertungsmasse, die zerstört, verdreckt, vernichtet und geraubt werden kann – solange nur die Regeln der Profitlogik eingehalten werden. Während die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft im heutigen Kapitalismus weitgehend so organisiert wird, dass die benötigten Menschen – so trostlos und ärmlich ihr Leben auch aussehen mag – stets und immer wieder dort funktionieren, wo sie gebraucht werden, werden die Produkte der Natur im wahrsten Sinne des Wortes verheizt bis nichts mehr geht. Altersteilzeit und Gesundheitsvorsorge sind für Bäume und Gletscher keine Option.

Als hätten sie eine zweite im Keller....

Riesige Flächen des tropischen Regenwaldes fallen jeden Tag dem Raubbau der Holzindustrie zum Opfer. Gleichzeitig schaffen Brandrodungen verkohlten Platz für landwirtschaftliche Großplantagen. Ansässige Kleinbauern werden dafür um ihren Besitz, ihre Arbeit gebracht und in die Slums der Großstädte getrieben. Statt gigantischer Biosysteme, die das Artenreichtum des Planeten garantieren, für Luftreinhaltung und klimatischen Ausgleich sorgen, sollen Klobrillen und Holzterrassen aus teuer gehandeltem Tropenholz die Zukunft bringen. Nebenbei verschiffen Großkonzerne den Ertrag von den dortigen, auf Zerstörung errichteten, Sojaplantagen als Futtermittel, um die Massentierhaltung in Europa und den USA am laufen zu halten. Natürlich gäbe es sowohl zum exotischen Holz, als auch zu monokultureller Plantagenlandwirtschaft und industrieller Tierausbeutung nachhaltige und pragmatische Alternativen. Diese werden auf dem kapitalistischen Markt aber niemals profitabel genug sein, um dafür den Zerstörungsmarathon endgültig aufzugeben.

Ein ähnliches Bild liefern die kapitalistischen Praktiken zur Energiegewinnung. Auf der Suche nach Alternativen zu den blutig umkämpften und knapper werdenden Öl- und Gasvorkommen etwa im Nahen und Mittleren Osten, oder in Lateinamerika, entwickeln Konzerne und Staaten immer neue Verfahren der Ausbeutung auch der kleinsten und entlegensten Quellen für fossile Brennstoffe. In den USA fallen riesige Landstriche dem Frackingboom zum Opfer, die kapitalistischen Länder wetteifern um die letzten unerschlossenen Vorkommen und versuchen ihren nationalen Energiekonzernen deren Ausbeutung zu ermöglichen. Die Bereitschaft für den Zugang zu den Ressourcen notfalls auch Krieg zu führen ist schon seit Jahrzehnten mehr als nur das symbolische Damoklesschwert, das über den Verteilungskämpfen schwebt. Die Verwüstung und Besetzung der Golfregion - vornehmlich durch die USA in Kooperation mit anderen westlichen Staaten - ist dafür wohl das beste Beispiel. Und auch im Alltag setzt sich im Kapitalismus die Verwertungslogik gegen eine nachhaltige und vernünftige Organisation des gesellschaftlichen Lebens durch. Gerade in Deutschland wird noch immer am Individualverkehr mit dem Auto als Verkehrsmittel Nummer Eins festgehalten. Staus, verstopfte Innenstädte, hunderttausende Verletzte, mehrere tausend Tote durch Verkehrsunfälle im Jahr und Unmengen an Treibhausgasen sollten eigentlich nachdenklich machen. Aber ganz im Gegenteil: Die Bundesregierung sperrt sich partout gegen eine Absenkung der EU-Abgasnorm. Stattdessen subventionierte sie die Automobilkonzerne über die „Abwrackprämie“ mit Milliarden aus Steuergeldern, um die Überproduktionskrise in diesem Produktionsbereich zu kompensieren. Die Automobilindustrie ist eine mächtige Stütze des deutschen Kapitals. Ihren hochprofitablen, aber verkehrstechnisch und ökologisch desaströsen Interessen kommt der Staat nach, während zigtausende ArbeiterInnen in dieser Industrie mit Lohnverlusten und Werkverträgen in unsichere Arbeitsbedingungen gedrängt werden, um die Konzerne weltweit konkurrenzfähig zu halten.

> **>>DER KAPITALISMUS RUINIERT DIE SPRINGQUELLEN DES REICHTUMS, AUF DENEN ER BERUHT: DEN ARBEITER UND DIE NATUR.<<**
> Karl Marx

Grüner Kapitalismus?

Die sogenannte „Energiewende“ ist schon seit Anfang der 2000er Jahre ein Thema deutscher Politik. In den 70er Jahren wurde mit der Ölkrise bereits deutlich, dass die fossilen Energieträger nicht ewig problemlos für die kapitalistischen Märkte verfügbar sein werden. Und spätestens nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima 2011, bei der Unmengen an radioaktivem Material freigesetzt wurden, war in Deutschland, wo die Kritik an Atomkraft schon seit Jahrzehnten sehr weit verbreitet ist, auch der Beschluss zum Atomausstieg unvermeidbar.

Der groß beworbene Umstieg auf erneuerbare Energien als Reaktion auf nukleare Gefahren und den voranschreitenden Klimawandel klingt zwar nett, ist aber eine Mogelpackung. Noch lange bevor abzusehen ist, wann das letzte Atomkraftwerk vom Netz genommen wird, steht fest, dass die aus dem Rückbau der Anlagen und der Lagerung des Atommülls entstehenden Kosten auf den Staat, letzten Endes also vor allem auf die Masse der lohnabhängigen SteuerzahlerInnen, abgewälzt werden. Müssten diese Kosten von den Energiekonzernen selbst aufgewendet werden, wäre die Atomenergie für sie schon heute völlig unprofitabel. Ebenso unprofitabel und damit unrealistisch wäre auch die schlichte Einsparung von Treibausgasen. Mit dem Kyoto-Protokoll haben sich Staaten weltweit mehr oder weniger verbindlich dazu bereit erklärt, den Ausstoß der gefährlichen Gase zu verringern – allerdings nicht ohne dabei auf die Verwertungslogik verzichten zu wollen. Zentral ist der Handel mit einer beschränkten Anzahl kostenpflichtiger Emissions-Zertifikate, die kapitalistischen Unternehmen den Ausstoß bestimmter Mengen an Treibhausgasen erlauben. Ohne Zertifikat keine Luftverpestung, ohne Luftverpestung Extra-Profite durch den Verkauf von Zertifikaten. So soll der kapitalistische Markt selbst das Problem eindämmen – und nebenbei neue und profitträchtige Spekulationsmöglichkeiten für investitionssuchendes Kapital bieten.

Es ist nicht nur paradox, die Ursache eines Problems als Heilmittel für dessen Lösung zu preisen. Es ist ebenso absehbar, dass Konzerne bestimmte Produktionsbereiche in Länder ohne entsprechende Reglementierung auslagern, dass Ausstoßmengen nach allen Regeln der Kunst kleingerechnet werden und dass die höheren Aufwendungen für Emissionen letzten Endes in anderen Bereichen, etwa bei den Lohnkosten, oder anderen Umweltschutzmaßnahmen eingespart werden. Dass die EU sich im vermeintlichen Kampf gegen die Verpestung der Atmosphäre ganz vorne sieht, hat aktuell mehr mit dem aufstrebenden europäischen Markt für die Produktion von Technik zur Förderung erneuerbarer Energien zu tun, als mit der Nachhaltigkeit des hiesigen Kapitalismus. Oberste Priorität kapitalistischer Unternehmungen ist und bleibt die Ausschaltung von Konkurrenz zur Erwirtschaftung eines größeren Profits. Treffend hat der Bundesverband der Deutschen Industrie das Credo der Kapitalistenklasse zum Thema Nachhaltigkeit zusammengefasst: „Vorsorgender Umwelt- und Klimaschutz ist zwar notwendig, er darf jedoch nicht zu einem strukturellen Standortnachteil werden“

...es wär' nur deine Schuld, wenn sie so bleibt!

Die Versöhnung des Menschen mit der Umwelt wird im Kapitalismus stets Träumerei bleiben. Wenn Teile der Kapitalistenklasse sich heute neue Märkte im Bereich ökologischerer Produktionsformen erschließen und gewisse staatliche Beschränkungen akzeptieren, sind das punktuelle Entwicklungen, die in diesem System weder unumkehrbar sind, noch überhaupt weltweit funktionieren könnten. Das Grundproblem wird verlagert, verschleiert und auf Einzelphänomene reduziert. Wirkliche Veränderung kann nur in einer sozialistischen Gesellschaft ihren Ausgangspunkt finden, die mit dem Privatbesitz an Produktionsmitteln endgültig gebrochen hat. Die kurzfristigen und konkurrenzgetriebenen Profitinteressen müssen einer kollektiven, langfristigen Planung weichen, die auf Nachhaltigkeit und den menschlichen Bedürfnissen und Ansprüchen baut.

Mit dem Ziel das ureigene Interesse der Menschheit, nämlich die Erhaltung und die produktive Nutzung ihrer Lebensgrundlagen durchzusetzen, sind wir heute Teile von Klassenkämpfen, die ihren Ausdruck eben auch im Widerstand gegen Atomkraft, Luftverpestung, oder Waldzerstörung finden müssen. Wenn wir schon heute eine breite Ablehnung gegen die sinnlose Ressourcenvernichtung des Kapitalismus schaffen, legen wir die Grundsteine für den Aufbau von umfassenden Alternativen, für die es in der heutigen Gesellschaft noch keinen Platz gibt.

Kein Platz für Rassismus und Rechtspopulismus!

Der Islam hält Einzug in Deutschland, die Scharia wird eingeführt und am Ende wird noch Weihnachten abgeschafft – mit solchen Parolen wurde seit Oktober 2014 zu den Kundgebungen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes – PEGIDA“ aufgerufen. Und das trotz der Absurdität der Äußerungen nicht ohne Erfolg, mehrere Tausend Menschen nahmen regelmäßig an den Veranstaltungen teil.

PEGIDA ist auf erschreckende Weise gelungen, was NPD, faschistische Kameradschaften und rechte Splittergruppen bisher nicht geschafft haben: Eine Art Bewegung zu werden, zumindest in Dresden. Durch die Größe der Veranstaltungen konnte das Schmuddel-Image rechter Positionen zunehmend verwischt werden. Sobald erst einmal eine gewisse Masse an TeilnehmerInnen erreicht war, wurde die Mobilisierung mehr oder weniger ein Selbstläufer. Trotz interner Streitigkeiten hat sich das Phänomen PEGIDA leider noch nicht komplett erledigt. Die Besonderheit besteht darin, dass es gelungen ist, eine Koalition verschiedener rechter Spektren zu bilden, die sich zwar schon vorher inhaltlich nahe standen, aber kein reelles Bündnis eingegangen waren. So ist das Spektrum der Teilnehmenden sowohl sozial als auch altersmäßig unterschiedlicher als bei anderen rechten Veranstaltungen. Das Verbindende zwischen ihnen ist eine rassistische Grundhaltung, die sich am Rande des gesellschaftlich Akzeptierten bewegt.

Doch rechte Bewegungen wie PEGIDA sind nicht vom Himmel gefallen. Seit einigen Jahren sind zunehmend Proteste zu beobachten, die zutiefst reaktionär sind. Zum einen gibt es die Angst vor sogenannter Überfremdung, die sich aus irrationalen und herbeifantasierten Annahmen, wie der Verdrängung des Christentums aus Deutschland, speist. Gleichzeitig wird die Verteidigung überholter Lebensweisen, veralteter Familienbilder und Normen öffentlichkeitswirksam eingefordert – eine rückwärtsgewandte Reaktion auf die immer weitergehende Vereinzelung des Menschen im Kapitalismus. Die rechten Proteste richten sich nicht nur gegen sogenannte Minderheiten, sondern ziehen ihre Wut auch aus der gefühlten eigenen Ohnmacht, den Unsicherheiten und der Angst vor Veränderung. Insbesondere Menschen, die sich einen gewissen Wohlstand angeeignet haben, aber die Gefahr des sozialen Abstiegs in der kapitalistischen Krise sehen, sind empfänglich für rechtes Denken. Auch wenn Ausgrenzung und Diskriminierung daran überhaupt nichts ändern, sind diese Positionen doch immer wieder und in großem Maße mobilisierungsfähig.

Die Normalisierung rassistischer oder auch speziell antimuslimischer Hetze geht keineswegs allein vom rechten Rand aus. Aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen immer wieder diskriminierende Stimmungen hoch, die von politischen Kräften bewusst geschürt werden. Die Ablehnung von Flüchtlingen ist ein aktuelles Beispiel. Dass die rassistischen Ergüsse vom ehemaligen SPD'ler Thilo Sarrazin über Monate hinweg ernsthaft durch die Medienlandschaft geistern konnten und die rechte Alternative für Deutschland (AfD) eine steile politische Karriere hinlegt, sind Ausdrücke eines gesellschaftlichen Rechtsrucks. Schon lange war klar, dass es in Deutschland in weiten Teilen der Bevölkerung rechte Überzeugungen gibt. Neu ist aber, dass sie eine gewisse Massenwirksamkeit in der Öffentlichkeit entfalten können. Auch in vielen anderen europäischen Ländern haben sich rechtspopulistische Bewegungen etabliert. So konnte der extrem rechte „Front National“ in Frankreich bei den Wahlen zum Europaparlament ein Viertel der WählerInnenstimmen auf sich vereinen.

Rassistische Denkweisen bilden auf der einen Seite ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das mit der wirklichen Lebenslage der Menschen und ihren verschiedenen, teils offensichtlich gegensätzlichen Interessen nichts zu tun hat. Auf der anderen Seite sorgen sie dort für Spaltung, wo Zusammenhalt und der gemeinsame Kampf ein besseres Leben in Aussicht stellen könnten. Ein „deutscher“ Unternehmer muss den Lohn und die Arbeitsbedingungen der beschäftigten ArbeiterInnen - ob „deutsch“ oder nicht - stetig verschlechtern, um konkurrenzfähig zu bleiben und Profite zu erwirtschaften. Die ArbeiterInnen auf der anderen Seite können sich dagegen nur wehren, wenn sie sich unabhängig von Herkunft oder „Kultur“, zusammenschließen. Das sind die eigentlichen Trennungslinien der Gesellschaft.

Von der sozialen Wirklichkeit sind rechte Weltanschauungen allerdings weit entfernt. Ob die angefeindeten Menschen die ihnen zugeschriebenen Merkmale wirklich erfüllen oder nicht, spielt in der rassistischen Hetze keine Rolle. Rassismus kann also auch Menschen treffen, die als Muslime/Fremde wahrgenommen werden, unabhängig von der tatsächlichen Religiosität oder dem Geburtsort. Und so ist es bei PEGIDA anscheinend auch, dem Großteil sind Muslime gar nicht so wichtig, sondern der Islam ist Chiffre für MigrantInnen insgesamt.

Den rassistischen Vorurteilen folgt oftmals der Ruf nach mehr „Sicherheit“, nach staatlicher Aufrüstung, mehr Polizei und härteren Gesetzen. Dass ein autoritärer Staat dem Großteil der Bevölkerung mehr Sicherheit garantieren könne, ist aber ein verhängnisvoller Irrglaube. Ein Blick nach Ungarn reicht, um festzustellen, dass ein rechter Law-and-Order Staat keine sozialen Probleme löst, sondern die bestehenden anfeuert und statt wirklicher soziale Sicherheit für Alle, das Prinzip der sozialen Auslese zur gesellschaftlichen Leitidee macht. Faschistische Banden überziehen die Viertel von Sinti und Roma unter den gleichgültigen Augen der Regierung mit mörderischer Gewalt, während Arme, Arbeitslose und Menschen mit Behinderung als „nutzlose Elemente“ ins soziale Elend abgeschoben werden.

Wenn wir nicht wollen, dass unsere Nachbarn, Kollegen und Freunde angefeindet werden, dann müssen wir dem Rassismus und Rechtspopulismus die Stirn bieten. Das heißt zum einen die Aufmärsche von PEGIDA und ihren lokalen Ablegern zu blockieren, zu stören und zu verhindern. Es heißt aber auch, den rechten Hetzern ihren politischen Raum zu nehmen, in dem sie ihre Positionen verbreiten: Im Betrieb, in der Schule und Uni und auf der Straße. Wir müssen den Scharfmachern die Perspektive eines guten Lebens für alle Menschen entgegensetzen. Ein guter Anfang sind die Unterstützungen von Flüchtlingsprotesten, die es bereits in vielen Städten gibt und sich gleichzeitig gegen die staatliche Abschiebepolitik richten. Diese Momente gelebter Solidarität sind der Beginn eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs zu Rassismus, Nationalismus und Ausgrenzung. Mit der Verankerung fortschrittlicher Initiativen der Linken und dem Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenmacht lassen sich den rechten Positionen auf Dauer das Wasser abgraben.



Gegen deutschen Nationalismus und Spardiktate in Griechenland!

Griechenland wird weiterhin dem Diktat der Troika aus EU-Kommission, IWF und EZB unterworfen. Dass tausende Menschen die Krisenpolitik mit Armut, Obdachlosigkeit, Krankheit oder dem eigenen Leben bezahlen, kümmert sie wenig. Geld gibt es nur, wenn das Land die geforderten Spar- und Kürzungsprogramme durchsetzt. Und insbesondere Deutschland setzt der griechischen Regierung die Pistole auf die Brust: Geld gegen Gehorsam.

Die Vorstellung, ein Land aus der Krise herauszusparen, könnte falscher nicht sein. Das Spardiktat der Troika verschärft die Krise in Griechenland durch die Zerstörung der dortigen Infrastruktur und dem Abfall der Kaufkraft. Diese angeblichen Sachzwänge der kapitalistischen Verhältnisse werden als alternativlos verkauft. Und es stimmt, innerhalb des Kapitalismus sind die Grenzen einer anderen Politik eng. Die neue griechische Regierung besteht nicht etwa aus Verrückten, deren Hauptziel die vermeintliche Abzocke anderer Staaten ist, wie es bürgerliche PolitikerInnen der EU-Staaten darstellen. Sie versucht mittels Reformen gegen die soziale Misere vorzugehen und wird dabei unentwegt von den EU Institutionen angegriffen. Hier wird klar, dass es im heutigen Kapitalismus nur noch sehr begrenzt möglich ist, soziale Verbesserungen durchzusetzen. Grundlegende Veränderungen müssen von unten durchgesetzt werden, linke sozialdemokratische Politik, wie aktuell in Griechenland, kann bestenfalls für etwas erträglichere Zustände sorgen.

Doch die herrschende Klasse in Deutschland und Europa hat daran kein Interesse. Die Rettungspakete für Griechenland kommen nur zu Bruchteilen bei der griechischen Bevölkerung an. Etwa 90 Prozent gehen direkt zurück an die Gläubiger, an französische und deutsche Banken. Das erklärt die Kompromisslosigkeit der Bundesrepublik in den Verhandlungen mit Griechenland: Das deutsche Kapital wird gerettet und sonst niemand. Am Ende zeigt sich der menschenverachtende Charakter der bestehenden Wirtschaftsweise einmal mehr: Die Profite von Banken und Unternehmen zählen mehr als das Leben von Millionen Menschen in Griechenland, die unter der sozialen Katastrophe durch die Spardiktate leiden.

Begleitet wird die brutale Kürzungspolitik von massiver Hetze in bürgerlichen Medien. Allen voran die Bild, die durchweg von „Pleite-Griechen“ spricht, denen es aufgrund des europäischen Geldes besser als „uns Deutschen“ gehen würde. Der Höhepunkt war eine Kampagne, welche die deutsche Bevölkerung aufforderte, ihr Nein zu neuen Hilfspaketen mit selbst gemachten Fotos auszudrücken. Aber auch andere Medien zeichnen ein Bild von Griechenland und Syriza, das sie als realitätsfern und überheblich abstempelt. Der rassistische Unterton vieler Berichte ist kaum zu überhören. Das Märchen von den gutherzigen Deutschen und den undankbaren Griechen ist eine gefährliche Geschichte. Aber der Bundesregierung kommt die Stimmungsmache durch die Medien ganz recht.

Doch wer ernsthaft glaubt, dass die Auspressung der griechischen Bevölkerung, dass die Rückzahlung von Staatsschulden an die deutschen Kreditgeber den eigenen Kontostand aufbessert, ist ein Idiot. Wer glaubt, dass seine Interessen die gleichen wären wie die des deutschen Staates, von Banken und Unternehmen ebenso. Dieses Denken ist ein Teil von nationalistischer Hetze, die seit jeher von den Herrschenden genutzt und gefördert wird, um die Bevölkerung für die eigenen Macht- und Profitinteressen einzuspannen und gefügig zu halten.

Die verbreitete Vorstellung, eine gemeinsame nationale Identität, könne vor den Unsicherheiten und Zumutungen des Alltags schützen war schon immer eine Illusion. Denn auch hier ist das Leben geprägt von Erwerbslosigkeit, von Befristung und Leiharbeit, von Leistungsdruck, von Kürzungen im Gesundheitswesen, von Bildungs- und Sozialabbau, von Mietsteigerungen. Nationalismus ändert daran rein gar nichts, die Ungewissheit, wie es morgen weitergeht, bleibt.

Die Hoffnung auf ein besseres Leben kommt niemals von Regierungen und Machthabern. Neue Perspektiven werden vielmehr in den Kämpfen der Lohnabhängigen entwickelt und machen an keinen Grenzen halt. Griechenland ist ein gutes Beispiel dafür: Selbstverwaltete Betriebe von ArbeiterInnen, solidarische Netzwerke in den Stadtteilen, Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen, Nachbarschaftsversammlungen und kollektive Zentren. Sie sind die Umrisse einer gesellschaftlichen Alternative, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wenn wir der Trostlosigkeit des Kapitalismus entkommen wollen, brauchen wir neue Ansätze für ein gesellschaftliches Miteinander. Das Europa des Kapitals hat Risse bekommen und das ist gut so. Wir sollten sie international vertiefen statt der nationalistischen Hetze auf den Leim zu gehen.



AUFGERÜSTET

Von der Angst vor dem Terror zur präventiven Aufstandsbekämpfung

Am 7. Januar 2015 stürmen zwei mit Kalaschnikows bewaffnete Islamisten die Redaktionsräume der Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris. Innerhalb weniger Minuten erschießen sie dort 11 Menschen. Fünf weitere werden in den beiden folgenden Tagen ermordet. Die nationalen und internationalen Reaktionen auf die „Anschläge von Paris" sind enorm. Millionen Menschen bekunden ihre Anteilnahme, Politiker aus aller Welt beteiligen sich an den Trauermärschen und weltweit wird über „Sicherheit in Zeiten des Terrors" diskutiert.

Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und Ausbau der Geheimdienste

Bereits wenige Stunden nach den ersten Schüssen in Paris, fordern deutsche Spitzenpolitiker Gesetzesverschärfungen. Der Vorstand der CDU wünscht sich in einem Papier eine intensivere Überwachung der Innenstädte. Innenminister Thomas de Maizère forderte Mitte Januar: "Gerade jetzt nach den schrecklichen Anschlägen von Paris sollte Deutschland nicht zögern, bewährte Strategien zur Bekämpfung von Terror wie die französische Vorratsdatenspeicherung zu übernehmen". Dass die dort bereits lange existierende Vorratsdatenspeicherung offensichtlich nicht geholfen hat, Anschläge zu verhindern, wird hier bewusst ignoriert.

In Frankreich werden unmittelbar Maßnahmen umgesetzt. Fünftausend Polizisten und die doppelte Anzahl Soldaten werden aufgebracht um „sensible Örtlichkeiten" zu bewachen. Es wird kein Zweifel daran gelassen wen die Herrschenden als besonders gefährlich einschätzen. Denn betroffen sind insbesondere die von Arbeitslosigkeit und Armut geprägten Vororte. In den „Banlieues" genannten Ghettos vor den großen Städten kam es aufgrund der sozialen Perspektivlosigkeit und der rassistischen Polizeigewalt in den vergangenen Jahren immer wieder zu militanten Aufständen und Strassenkämpfen. Hier werden nun Armeeeinheiten stationiert.

Bei den „Überlebenden der Redaktion" von Charlie Hebdo, gibt es hingegen keine Illusionen wem die nationale Einheit, die aus der Solidarität mit dem Blatt entstand, nutzen wird: Den Rechtspopulisten, die unter Anderem die „Wiedereinführung der Todesstrafe" möchten, genauso wie den Repressionsbehörden, die einen Ausbau des Überwachungsstaates fordern.

Wappnen für soziale Aufstände

Im Windschatten der Betroffenheit und Anteilnahme einer breiten Öffentlichkeit mit den Opfern der Pariser Anschläge, soll überall in Europa der Staat gegen den inneren Feind aufgerüstet werden. So schafft die französische Regierung 2.700 neue Stellen im Polizei und Geheimdienstapparat. Und auch in Deutschland werden Gesetzesverschärfungen in die Wege geleitet. Unzählige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass all die diskutierten Maßnahmen völlig ungeeignet sind, um islamistische Anschläge zu verhindern. Im NSU-Prozess vor dem Münchner Landgericht zeigt sich momentan, dass mehr Geheimdienst keineswegs mehr Sicherheit für die Bevölkerung bedeutet. Die Machenschaften des Verfassungsschutzes reichen hier bis hin zur direkten Verstrickung in die rassistischen Morde. Auch die in Frankreich schon lange eingeführte Vorratsdatenspeicherung, ist offensichtlich kein geeignetes Mittel um islamistische Anschläge zu verhindern. Dennoch agiert die herrschende Klasse keinesfalls kopflos:

Viel mehr geht es darum, im richtigen Moment Maßnahmen durchzusetzen, die davor an einem breiten zivilgesellschaftlichen Widerstand scheiterten. Eine breite Überwachung des Internets beispielsweise ist zwar ungeeignet um einzelne Islamisten zu bekämpfen zur Kontrolle und Unterdrückung sozialer Bewegungen ist sie aber Gold wert.

Seit den Attentaten auf das World Trade Center in New York 2001, wurden und werden – immer mit dem Verweis auf islamistischen Terrorismus – in Europa und den USA eine Vielzahl an Gesetzesverschärfungen und Überwachungsmaßnahmen beschlossen. Fast alle diese Maßnahmen zielen letztlich darauf soziale Proteste zu bekämpfen und mögliche Aufstände gegen ein System, das für immer mehr Menschen keine Perspektive mehr bietet möglichst im Keim zu ersticken. Ein Beispiel ist die Einführung und Erweiterung der Paragraphen 129, die die Mitgliedschaft in einer kriminellen bzw. „terroristischen" Vereinigung unter Strafe stellen. Der § 129b der die „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung" verfolgt, wurde angeblich wegen Al Quaida eingeführt, wird aber hauptsächlich gegen linke türkische und kurdische Organisationen eingesetzt. Diese Gruppen, die sich für eine demokratische und sozialistische Wende in der Türkei und im Nahen Osten einsetzen – und dabei sich dabei ständig gegen Angriffe von Islamisten und anderen Reaktionären zur Wehr setzen müssen – werden so kriminalisiert. Das ist nur ein Beispiel von vielen, das zeigt, dass die Sicherheit die die Herrschenden fordern, nicht die unsere ist.



GRENZENLOSE ÜBERWACHUNG

Im Juni 2013 veröffentlichten die Zeitungen The Guardian und Washington Post die ersten geheimen Dokumente des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden. Seit nun fast zwei Jahren folgt ein Überwachungsskandal dem anderen. Kurz zusammengefasst deckte der Whistleblower ein weltweites Netz der Überwachung und Spionage auf.

Nationalstaatliche Grenzen wurden und werden hierbei von den Geheimdiensten genauso ignoriert, wie die geltenden gesetzlichen Regelungen. So überwachen NSA und andere Geheimdienste Regierungschefs, Finanzinstitute und Telekommunikationsunternehmen. Vor allem interessieren sie sich aber für die Masse der ganz normalen InternetnutzerInnen. Jede und Jeder soll, wenn gewünscht, umfassend überwacht werden können.

Die Vorgehensweise beschreibt der ehemalige NSA-Direktor Keith Alexander folgendermaßen: „Man braucht den Heuhaufen, um darin die Nadel zu finden". Es soll also eine größtmögliche Datenmenge gesammelt und ausgewertet werden. Dies erfolgt über das Abfangen sogenannter Metadaten aus Telefongesprächen und E-Mail-Verkehr oder auch SMS und Standortdaten von Mobiltelefonen. Das erklärte Ziel der Geheimdienste ist es auch, die gesamten Inhalte technischer Kommunikation, also jedes Telefongespräch, jede SMS und jede E-Mail komplett zu speichern. Laut Snowden wird dies schon in einigen Ländern Versuchsweise durchgeführt.

Die flächendeckende Überwachung wird ergänzt durch gezielte Maßnahmen, wie den Einsatz von Trojaner und das Abfangen von Postpaketen mit dem Ziel, die darin enthaltenen elektronischen Geräte zu verwanzen, bevor sie an den eigentlichen Empfänger gehen. Diese Maßnahmen werden nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland durch die NSA, in enger Zusammenarbeit mit Geheimdiensten wie dem Bundesnachrichtendienst, durchgeführt.

In keinem der betroffenen Länder gab es bislang nennenswerte Konsequenzen aus der Affäre. Offensichtlich spekulieren die politischen Akteure darauf, dass der ganze Skandal in Vergessenheit gerät. Die Verhandlungen über ein „No Spy-Abkommen" zwischen USA und BRD scheiterten und auch von der anfänglichen Empörung über das Abhören von Angela Merkel, ist nichts übrig geblieben.

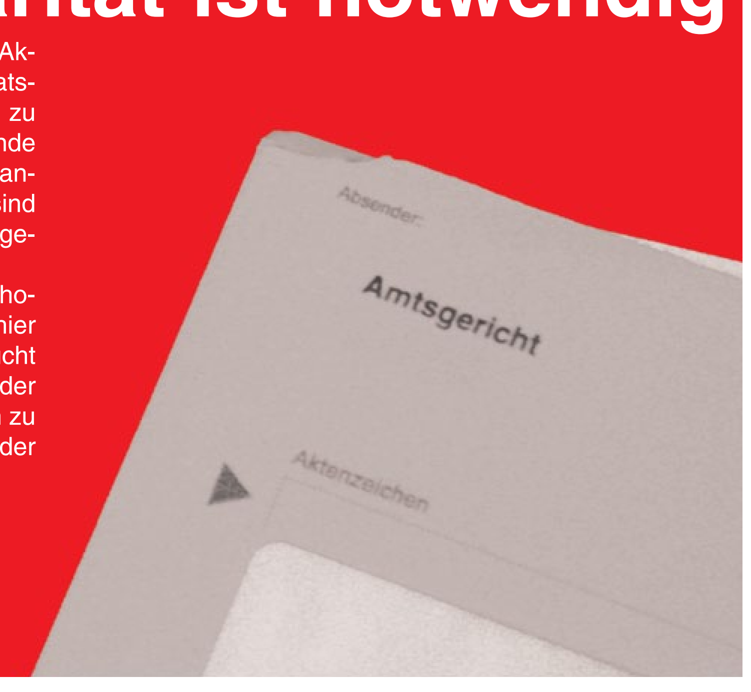
Erklären lässt sich das durch die gemeinsame Interessen aller kapitalistischen Staaten: Auch die deutschen Repressionsbehörden nutzen die Erkenntnisse aus den aufgedeckten Überwachungsprogrammen, um nicht zuletzt gegen linke Strukturen und AktivistInnen vorgehen zu können. Ein wirksamer Schutz ist daher nicht zu erwarten. Vielmehr muss dieser selber organisiert werden. Verschlüsselte Kommunikation, Anonymisierungssoftware für das Surfen im Web aber auch ein bewusster Umgang mit Telekommunikationsmitteln im Allgemeinen, sind hier Ansatzpunkte.

Konkrete Solidarität ist notwendig

Strafbefehle und Gerichtsverfahren im Nachgang von Aktionen, gehören zum politischen Alltag. Polizei und Staatsanwaltschaften versuchen engagiert linken Widerstand zu kriminalisieren. Die Rote Hilfe als strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation organisiert unter Anderem finanzielle Unterstützung für die Betroffenen. Inzwischen sind jährlich rund 200 AktivistInnen auf diese Solidarität angewiesen.

Aufgrund steigender Rechtsanwaltskosten und einem hohen Aufkommen an Verfahren, stößt die Rote Hilfe hier zunehmend an die Grenze des leistbaren. Daher braucht die Organisation dringend Spenden und neue Mitglieder um auch weiterhin die GenossInnen Vorort unterstützen zu können. Solidarität ist eine Waffe – werdet Mitglied in der Roten Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE





Perspektive Kommunismus

Die Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir bestehen aus verschiedenen lokal verankerten kommunistischen Gruppen, halten aber eine bundesweite, aktionsorientierte und revolutionäre Organisation für notwendig. Deswegen haben wir uns zusammengeschlossen, um über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen die Basis für solch eine Struktur zu schaffen und gemeinsam mit anderen Gruppen zu verwirklichen. Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Gruppen finden sich auf unserer Homepage:
www.perspektive-kommunismus.org

TERMINE

BERLIN

Antikapitalistische-Demo "Organize!"
30.4. | 18:30 Uhr | Wedding-Leopoldplatz
Klassenkampfblock
1.5. | 10 Uhr | Mitte-Hackescher Markt
Revolutionäre1.Mai-Demo
"Wir sind überall"-Block
1.5. | 18 Uhr | Kreuzberg-Spreewald Platz

HAMBURG

Klassenkämpferischer und antikapitalistischer Block
1.5.| 10:30 Uhr | Rödingsmarkt
Parade von"Recht auf Stadt - Never mind the papers"
1.5. | 14 Uhr | Millerntorplatz

MANNHEIM

Antikapitalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo
1.5. | 9:30 Uhr | Gewerkschaftshaus

MUNCHEN

Antikapitalistische Beteiligung an der DGB-Demo
1.5. | 9:45 Uhr | Gewerkschaftshaus

STUTTGART

Antikapitalistischer Block
1.5. | 10 Uhr | Marienplatz
Revolutionäre 1. Mai-Demo
1.5. | 11:30 Uhr | Schloßplatz
Internationalistisches Fest
1.5. | 14 Uhr | Linkes Zentrum

VILLINGEN-SCHWENNINGEN

Antikapitalistische Demonstration
1.5. | 10 Uhr | Schwenningen-Bahnhof



WWW.PERSPEKTIVE-KOMMUNISMUS.ORG

V.i.S.d.P: Julian Levi, Rotestraße 12, Hamburg